

ulrich brand (hrsg.) lateinamerikas linke



ende des progressiven zyklus?

Ulrich Brand (Hrsg.)
Lateinamerikas Linke

Ulrich Brand (Hrsg.)

Lateinamerikas Linke

Ende des progressiven Zyklus?

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: (V.l.n.r.) José Mujica (Uruguay), Sebastián Piñera (Chile),
Néstor Kirchner, Cristina Fernández de Kirchner (Argentinien),
Evo Morales (Bolivien), Alan Garcia (Peru), Buenos Aires, Argentinien,
30.9.2010 (dpa)

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-700-5

Inhalt

Ulrich Brand

Lateinamerika: Ende des progressiven Zyklus?..... 7

Argentinien: »Der Kirchnerismus hat seine Niederlage selbst verursacht« 36

Gespräch mit Maristella Svampa

Bolivien: »Die MAS hat die politische Macht konzentriert« 44

Gespräch mit Luis Tapia

Brasilien: »Die ganze politische Klasse ist involviert« 50

Gespräch mit Camila Moreno

Ecuador: »Die sozialen Bewegungen erstarken und das Vertrauen in die Regierung schwindet« 65

Gespräch mit Alejandra Santillana

Nicaragua: »Ortega hat die Revolutionspartei privatisiert« 74

Gespräch mit Mónica Baltodano

Venezuela: »Die Proklamation des Sozialismus des 21. Jahrhunderts war der Anfang vom Ende« 78

Gespräch mit Edgardo Lander

Alternativen: »Soziale Transformation muss ein anderes Verhältnis zur Natur schaffen« 89

Gespräch mit Alberto Acosta

Tobias Boos und Etienne Schneider

Lateinamerikanisiert Europa!? 96

Einige vorläufige Schlussfolgerungen zur Frage eines linken Populismus in Europa

Über die Autorinnen und Autoren 113

Ulrich Brand

Lateinamerika: Ende des progressiven Zyklus?

Stellt das Jahr 2015 eine Zäsur in der jüngeren lateinamerikanischen Geschichte dar?

Obwohl sich seit einiger Zeit durchaus Legitimitätsverluste der progressiven Regierungen und zunehmende wirtschaftliche Probleme abzeichnen, schien es noch in den beiden Jahren zuvor so, als ob sich in den meisten Ländern die Regierungen der linken und Mitte-Links-Projekte konsolidiert hätten. Rafael Correa erreichte im Februar 2013 bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador gut 57% und seine Partei *Alianza PAIS* gar eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament (wobei eine Wahlrechtsänderung die Partei mit den meisten Stimmen bei der Sitzverteilung bevorteilt).

In Chile wurde nach der Niederlage der Mitte-Links-Regierung im Jahr 2009 gegen die Rechten im Dezember 2013 die Präsidentschaft unter Michelle Bachelet und ihrer Sozialistischen Partei »zurückgewonnen« – und zwar mit über 62% gegen die konservative Konkurrentin Evelyn Matthei. Evo Morales mit seinem *Movimiento al Socialismo* (MAS) wurde in Bolivien im Oktober 2014 mit fast 60% der Stimmen bestätigt, und einen Monat später erreichte Tabaré Vázquez von der *Frente Amplio* in Uruguay knapp 54%.

Doch schon der überaus knappe Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen in Venezuela von Nicolás Maduro im April 2013 (unmittelbar nach dem Tod von Hugo Chávez) mit 50,66% gegen die 49,1% seines rechten Herausforderers Henrique Capriles deutete Verschiebungen an. In Ecuador verlor die Regierungspartei bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Februar 2014 in 19 der 20 größten Städte. Auf Veränderungen deuteten auch die knappen 51,6% von Dilma Rousseff vom brasilianischen *Partido dos Trabalhadores* (PT) in der Stichwahl gegen Aécio Neves im Oktober 2014 hin. Die starken Proteste von Juni und Juli 2013 sowie die Korruptionsskandale in dem Land brachten Rousseff an den Rand einer Niederlage (Lempp 2015: 26, Fatheuer 2016, vgl. das Interview mit

Camila Moreno). Dann kam das Jahr 2015. Bereits bei den Kommunalwahlen in Bolivien im März 2015 gewann die MAS in keiner der acht größten Städte mehr und verlor dabei ihre traditionellen Hochburgen Cochabamba und El Alto (vgl. das Interview mit Luis Tapia). Ende des Jahres dann zwei einschneidende Ereignisse. In Argentinien verlor der Peronismus bei den Präsidentschaftswahlen im November mit einem ohnehin gemäßigten und eher rechtsgerichteten Kandidaten, Daniel Scioli, gegen den politisch deutlich rechts stehenden Mauricio Macri, der zuvor acht Jahre Bürgermeister von Buenos Aires war. Macri gewann mit einem demagogischen und inhaltlich wenig profilierten Wahlkampf mit 51,3% (gegenüber 48,7% für Scioli; vgl. Dilger/Vogt 2015).

Abgewählt wurde der in der Tradition des linken Peronismus sich verstehende Kirchnerismus, der als Mitte-Links-Regierung das Land seit 2003 politisch prägte. Die ersten Monate des Jahres 2016 zeigen, dass der neue Präsident es mit dem angekündigten Wandel – Macris Wahlbündnis hieß *Cambiamos* (»Verändern wir«) – ernst nimmt: Er hat die Exportsteuern (etwa für die Bergbaukonzerne) abgeschafft oder (auf das inzwischen wichtigste Exportprodukt Soja) gesenkt. Die Devisenkontrollen auf den Peso wurden ausgesetzt und dieser damit stark abgewertet, was sofort mit Einkommensverlusten jener Bevölkerungsschichten einhergeht, die nicht über Dollars verfügen. Zudem kommt es zu einer Schwächung der Industrie und zum Druck auf die Löhne. Insgesamt handelt es sich um eine Politik für die Großbourgeoisie, für multinationale Konzerne und das Finanzkapital, die auch durch soziale Einschnitte begleitet wird. Außenpolitisch orientiert sich das Land wieder an den USA (Becker 2016, Boos 2016). Für Joachim Becker (2016) steht die aggressive wirtschaftspolitische Neuausrichtung in Argentinien stellvertretend für die zu erwartenden Strategien der Rechten in Lateinamerika.

Während einige BeobachterInnen meinen, dass es sich um einen Unfall handelt, der in vier Jahren wieder ausgebügelt werden kann, weisen andere darauf hin, dass Macri eher Ausdruck einer allgemeinen Rechtsentwicklung ist (vgl. das Interview mit Maristella Svampa). Ein Beleg dafür ist, dass sich bei der Stichwahl zwei konservative Kandidaten gegenüberstanden. Es ließ sich beo-

bachten, wie der peronistische Kandidat Scioli im Wahlkampf eine Kontinuität vermitteln sollte, die es so immer weniger gab. Hohe Inflation, wirtschaftliche Schwierigkeiten und Probleme bei der Energieversorgung führten zu Unmut und Unsicherheit. Vor allem aber stand der Rechts-Peronist nicht für die zwölf Jahre dominierende kirchneristische Linie und war im Wahlkampf unglaubwürdig (Boos 2016: 10f.). Die kirchneristischen KandidatInnen haben auch in der wichtigen Provinz Buenos Aires – wo ein Drittel der WählerInnen Argentiniens leben – gegen die Rechten verloren. Noch deutlicher verlor mit dem Chavismus in Venezuela Anfang Dezember 2015 eine sich als explizit links deklarerende Regierung die Parlamentswahlen. Die rechte Opposition der *Mesa de la Unidad Democrática* (MUD) erreichte 53% der Stimmen, die chavistische *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) deren 44%. Durch das Wahlrecht verfügt Erstere aber über knapp zwei Drittel der Abgeordneten, wodurch sie ein Referendum zur Amtsenthebung von Präsident Nicolás Maduro einleiten könnte, der eigentlich noch bis 2019 im Amt ist (vgl. das Interview mit Edgardo Lander).

Argentinien und Venezuela sind schwerlich zu vergleichen – nicht nur in Bezug auf die sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen: Während in Argentinien eine durchaus bemerkbare Krise herrscht, leidet Venezuela unter einem ökonomischen Desaster, das von einer Hyperinflation und systematischer Knappheit von grundlegenden Lebensmitteln begleitet wird. Der Chavismus hat nicht nur sehr viel stärker die Macht der Bourgeoisie infrage gestellt als der Kirchnerismus, das Land ist mit seinen enormen Öl-Reserven auch strategisch überaus bedeutend für die USA (Katz 2016, Cieza 2015). Neben der internen Opposition in Venezuela könnte just der neue argentinische Präsident dazu beitragen, Venezuela innerhalb von Lateinamerika zu schwächen; eine erste Initiative besteht darin, das Land im Norden des Kontinents aus dem Mercosur (Abkürzung für den »Gemeinsamen Markt Südamerikas«) auszuschließen.

In Brasilien spitzt sich die Lage seit Dezember 2015 besonders zu, insbesondere seitdem ein Verfahren zur Amtsenthebung von Rousseff eingeleitet wurde. Ende Februar bewerteten 11% der BrasilianerInnen einer Umfrage zufolge ihre Präsidentschaft als min-

destens »gut« (vor drei Jahren waren es noch 60%), der Befragten sind für eine Amtsenthebung und 58% für einen sofortigen Rücktritt (datafolha.folha.uol.com.br vom 29.2.2016; ähnliche Werte allerdings schon Mitte des vergangenen Jahres, vgl. Lempp 2015). Anfang März 2016 fand sogar eine Hausdurchsuchung bei der Ikone der Arbeiterpartei, Ex-Präsident Lula da Silva, wegen Korruptionsverdachts statt. Die Rechte reorganisiert sich, während die Arbeiterpartei aufgrund der Skandale und Legitimitätsverluste im Zuge ihrer neoliberalen Politik politisch gelähmt ist (Novy 2016, Dilger 2016).

Ende Februar 2016 kam ein nächstes wichtiges wahlpolitisches Ereignis: Der bolivianische Präsident bzw. die ihn stützenden Kräfte verloren ein Referendum, das den neuerlichen Antritt von Evo Morales bei der Präsidentschaftswahl 2020 sichern sollte (Martínez Alier 2016).

Klar, linke Politik erschöpft sich nicht nur in Wahlen, sondern besteht in vielfältigen Formen gesellschaftlicher Gestaltung. Doch gerade in Lateinamerika ist historisch besonders deutlich, dass eine rechte und wirtschaftsliberale Politik die Bedingungen für emanzipatorische Initiativen dramatisch einschränkt und daher dem Kampf um die politische Macht eine große Bedeutung zukommt.

Die Einschätzung von Massimo Modonesi (2015) scheint zuzutreffen, dass – bei allen Differenzen zwischen den Ländern (Cieza 2015) – die linken und Mitte-Links-Regierungen nach einer hegemonialen Phase mit relativ hoher Zustimmung sich aktuell und aus teilweise unterschiedlichen Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, in einer regressiven Phase befinden.

In diesem Kontext scheint in einigen Ländern die politische Rechte unaufhaltsam zurückzukommen. Sie präsentiert sich gesellschafts- und wirtschaftspolitisch als liberal, gegen staatliche Gängelung und Klientelismus gerichtet, Stabilität und Wohlstand versprechend. Mit professionellen Methoden des Polit-Marketings im argentinischen Wahlkampf »verwandelte sich Macri, der reiche Unternehmer, in Mauricio, den netten Nachbarn von nebenan, der keine Politik macht, sondern die öffentlichen Belange mit seinem Expertenteam neutral und ganz ideologiefrei managt«. (Boos 2016: 12) Im Gewand der Post-Politik werden die realen gesellschaftli-

chen Konflikte negiert. Doch das hielt nicht lange an. Schon bald zeigte sich Macri als antidemokratischer Hardliner.

Vergessen (gemacht) wird dabei, dass die autoritär-neoliberalen Regierungen seit den 1980er Jahren durchaus auch Inflation erzeugten (bzw. diese mit der Bindung an den Dollar bekämpften – mit meist negativen sozialen Folgen), die Deregulierung der Wirtschaft eine enorme Wirtschaftskonzentration und den Ausverkauf staatlichen Eigentums an internationale Firmen vorantrieben, Verarmung und Gewalt förderten und sozialstaatliche Politiken schwächten.

Damit stellt sich die Frage: Befinden wir uns am Ende eines »progressiven« gesellschaftspolitischen Zyklus? Entzieht, bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern, die Bevölkerung den progressiven Projekten mehr und mehr ihre Zustimmung?

Die Jahre nach 2000/2003 gingen für viele Menschen in Ländern mit progressiven Regierungen mit einer Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation, Erwerbsarbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten, mit persönlicher Sicherheit und – trotz permanenter Angriffe der Rechten wie in Venezuela – politischer Stabilität einher (beispielsweise für Brasilien Novy 2016, für Ecuador Boris 2015b; Überblick über die Sozialpolitiken in verschiedenen Ländern von Estrada Álvarez 2015). Eine wichtige Bedingung war: Das Wirtschaftsmodell des Neo-Extraktivismus brachte für einige Jahre den Ländern erhebliche, und nach der Krise der 1990er Jahren kaum zu erwartende, finanzielle Zuflüsse.

Und wir sollten nicht vergessen, dass die Linkswende in Lateinamerika weltweite Bedeutung hatte und bis heute hat. Während in anderen Teilen der Welt eher konservativ-neoliberale Parteien oder eine neoliberalisierte Sozialdemokratie regierten und rechts-extreme Tendenzen zunahmen, es in Ländern wie China oder Russland zu autoritären Entwicklungsregimen kam, entwickelte sich in Südamerika ein Laboratorium für Alternativen.

Linke Hoffnungsträger in Europa wie Syriza in Griechenland und vor allem Podemos in Spanien übernahmen viele politische Erfahrungen und Anregungen aus Lateinamerika (vgl. Vogel 2015, den Beitrag von Tobias Boos und Etienne Schneider) – und bleiben bis heute seltsam unkritisch gegenüber den autoritären Entwick-

lungen in Lateinamerika. Wahrscheinlich haben die linken Bewegungen und Regierungen in Lateinamerika auch dazu beigetragen, dass die US-Regierung ihr Verhältnis gegenüber Kuba überdenkt und sich diesbezüglich politisch bewegt hat (Katz 2016).

Kontroverse Einschätzungen

Die Einschätzungen hinsichtlich der aktuellen Regierungen gehen weit auseinander: Die einen wenden sich enttäuscht ab und monieren, dass die Regierungen sich politisch nach rechts gewendet hätten und eine Art neuen Neoliberalismus durchsetzten (Prada Alcoreza 2015; Überblick in Klein/Wahl 2015: 149-153; vgl. das Interview mit Luis Tapia). Während die rechten Regierungen mit ihren Mega-Projekten im Bergbau oder in der Infrastruktur auf erheblichen Widerstand gestoßen sind, werden sie nun von den progressiven Regierungen durchgesetzt (vgl. das Interview mit Alberto Acosta).

Andere verteidigen die Regierungen, die sich selbst weiterhin als progressiv bezeichnen, gegen jegliche Kritik. Sie vermuten hinter einer solchen Kritik durch die »Ultralinke«, dass diese die historischen Errungenschaften in den einzelnen Ländern durch die postneoliberalen Regierungen wie auch die größere Unabhängigkeit gegenüber den USA durch die regionale Integration negieren und keine eigenen Vorschläge machen würden. Sie würde nur auf die »Zivilgesellschaft« setzen und den Staat ablehnen, sie sei nur in der öffentlichen Meinung präsent, nicht aber in den konkreten sozialen Kämpfen (Sader 2016). Kritik wird dahingehend denunziert, dass sie von ehemaligen Regierungs-BeraterInnen, NGOs – die ohnehin allesamt von Finanzunternehmen des Nordens gegründet wurden, um neoliberale Strukturanpassungen durchzusetzen –, einer undankbaren Mittelklasse, die den Aufstieg doch eben den progressiven Regierungen zu verdanken habe (Itzamná 2015), und von realitätsfernen und machtpolitisch naiven *Pachamamistas* formuliert werden würde – also von jenen, denen es vor allem um die Rettung der Mutter Erde, der Pachamama, ginge (Viola Recasens 2014). Im Grunde gebe es nur eine Konfliktlinie: Jene zwischen den progressiven Kräften, angeführt von Evo Morales, Lula da Silva, Rafael Correa und Cristina Kirchner einerseits, und der

auf eine konservative Restauration setzenden Rechten andererseits (Sader 2015; ähnlich Arkonada 2015). Bei allen Spannungen seien die progressiven Regierungen und die von ihnen regierten Staaten eben jene Maschinerie, in der sich die dezentralen Wünsche und Entscheidungen sozialer Bewegungen konzentrierten (García Linera 2012). Für Bolivien bedeutet das, dass die Regierungspartei MAS sich weiterhin »als flexible Koalition der sozialen Bewegungen versteht und Evo (Morales, ub) als ihre sie ausdrückende Führung«. (García Linera 2015) Die Implikation der Positionen ist klar: Jede Kritik an den linken Regierungen stärkt die Rechte (Arkonada 2015).

Diese Gegenüberstellung selbst ist jedoch fatal. Die Position eines von vermeintlich progressiven Kräften durchgesetzten Neoliberalismus übersieht, dass es durchaus zu stärkeren Staatsinterventionen in die Wirtschaft und zur Reduktion von Armut kam (nicht aber von Ungleichheit) – UNICEF schätzt, dass zwischen 2003 und 2011 in Lateinamerika etwa 70 Millionen Menschen der Armut entkommen sind. In den wirtschaftlich dynamischen Jahren haben Beschäftigung und Realeinkommen deutlich zugenommen. Es kam zu Ansätzen regionaler Integration, die nicht neoliberal ausgerichtet waren. In diesen Kontext gehören auch Debatten um eine neue internationale Finanzarchitektur oder die Gründung einer südamerikanischen Entwicklungsbank, der *Banco del Sur* im Jahr 2009 (zu den Ergebnissen siehe unten). Auf der Ebene der politischen Kräfteverhältnisse wurden die rechts stehenden Kräfte für einen nicht unerheblichen Zeitraum desorganisiert und von den politischen Machtzentren ferngehalten.

Umgekehrt ist die Verunglimpfung der linken KritikerInnen überzogen: Die angebliche Abwesenheit der regierungskritischen Linken in den sozialen Kämpfen und ihre vermutete pauschale Ablehnung des Staates ist eine böse Unterstellung. Vor allem aber reproduziert sie ein Freund-Feind-Denken, das nicht nur Differenzierungen unmöglich macht, sondern auch zu politischen Fehlschlüssen verleitet. Und sie verunmöglicht linke und emanzipatorische Kritik an Entwicklungen, die hochgradig widersprüchlich und von vielfältigen Eigeninteressen geprägt sind und bei denen natürlich Fehler gemacht werden. Eine Einschätzung der aktuellen

Situation in Lateinamerika bedarf daher einer Analyse von konkreten Konjunkturen und Strategien, bestehenden und sich verändernden Kräfteverhältnissen und Strukturen.

Neo-Extraktivismus: Verpasste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Chancen

Das (vorläufige) Ende des Ressourcenbooms und die während dieser Zeit verpasste Chance auf einen Umbau der Produktionsweise weg vom Rohstoffexport – samt einer Schwächung mächtiger Wirtschaftsgruppen – sind ein wesentlicher Faktor für die aktuelle Krise und Kritik. In der Diskussion ist weitgehend unstrittig, dass die grundlegende Struktur der Abhängigkeit von den Rohstoffexporten, von geringer Wertschöpfung in den jeweiligen Ländern (Venezuela, Brasilien etc.) und der damit verbundenen subalternen Integration in den Weltmarkt nicht verändert wurde (Svampa 2012, Acosta 2013, Gudynas 2011, Radhuber 2013, Brand/Dietz 2013, Martínez Alier 2016, vgl. die Kontroverse zwischen Boris 2015b und Meschkat 2015). Die exportorientierten Kräfte der Bourgeoisie und des Kapitals, die selbst hochgradig internationalisiert sind, blieben entsprechend stark und setzten ihre Interessen gegen nach »innen« gewendete wirtschaftspolitische Strategien (beispielsweise verstärkte Lebensmittelproduktion für den internen Markt, Industrialisierung) entsprechend durch. In allen Ländern bleibt eine »duale« Wirtschaft – hier der dynamische und politisch unterstützte Exportsektor, im Schatten davon andere Bereiche wie eine schwache Industrie – weitgehend erhalten. Es kam zwar durchaus zu Industrialisierungsprozessen in der Tradition der Importsubstitution (und in Ländern wie Argentinien und Brasilien in Bündnissen mit der Agrarbourgeoisie; vgl. Katz 2016), doch diese blieben zum einen relativ gering und zum anderen eng mit den neo-extraktivistischen Bereichen verknüpft. »Selbst Brasilien, das einzige Industrieland in Südamerika, sah seine Industrie schwächeln, während die Exporte von Eisenerz, Fleisch und Soja zunahmen im Austausch gegen Fertigprodukte aus China.« (Zibechi 2015)

Trotz vielfacher Ankündigungen wurden die enormen Exportüberschüsse nicht, oder zu wenig, in produktive Prozesse jenseits der Ressourcenextraktion investiert, die Wirtschaftsstruktur damit

Über die Autorinnen und Autoren

Alberto Acosta ist ecuadorianischer Ökonom, der in Köln studierte und dort seine akademischen Abschlüsse erlangte. Er lehrt und forscht an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO) in Ecuador und ist Honorarprofessor der Universidad Ricardo Palma in Lima. Er war 2007 Minister für Energie und Bergbau des Landes, Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung (2007/08) und im Jahr 2013 Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen. Autor zahlreicher Publikationen in verschiedenen Ländern und Sprachen, zuletzt auf Deutsch »Buen Vivir. Vom recht auf ein gutes Leben« (München 2015).

Mónica Baltodano war in den 1970er Jahren aktiv in der Guerilla der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN), in den 1980er Jahren Ministerin und Vizeministerin. 1997 wurde sie wegen Kritik an der Parteiführung ausgeschlossen. Seit 2005 ist sie aktiv in der dissidenten »Bewegung zur Rettung des Sandinismus« (MRS). Für diese Partei war sie von 2007 bis 2011 Abgeordnete der Nationalversammlung Nicaraguas.

Tobias Boos ist Universitätsassistent und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und aktiv bei der Interventionistischen Linken Wien. Er forscht u.a. zu den linken Regierungsprojekten in Lateinamerika und dem Verhältnis zwischen Populismus und Mittelklasse. (Von Letzterem glaubt er, dass es entscheidend für ein linkes Projekt in Spanien sein wird.)

Ulrich Brand forscht und lehrt als Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien unter anderem zu kritischer Staats- und Gesellschaftstheorie, internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik, grüner Ökonomie und sozial-ökologischer Transformation sowie Lateinamerika. Er ist Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«,

Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland und des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne (ISM).

Edgardo Lander, promovierter Soziologe, lehrt und forscht an der Universidad Central de Venezuela und der Universidad Andina Simón Bolívar (UASB) in Quito. Es ist zudem Permanent Fellow am Transnational Institute (TNI) in Amsterdam und war sehr stark in die Prozesse des Weltsozialforums, des Sozialforums Amerikas und das Sozialforum Venezuelas involviert. Seine Forschungen umfassen unter anderem Durchsetzungsformen des Neoliberalismus in Lateinamerika, Dynamiken und Auswirkungen der sozial-ökologischen Krise, Kritik von Modernität und Kolonialität sowie der modernen Wissenschaften.

Camila Moreno, Ländliche Bundesuniversität Rio de Janeiro (UFRRJ), arbeitet seit über 15 Jahren aus Perspektive der Politischen Ökologie als Wissenschaftlerin und Aktivistin in verschiedenen NGOs und Netzwerken in Brasilien und Lateinamerika zu den Themen gentechnisch veränderter Organismen, Agrartreibstoffe, soziale und Landfragen im Kontext der entstehenden »Bio-Ökonomie«. Aktuell interessiert sie sich für den Zusammenhang zwischen den Diskussionen zu Klimawandel und grünem Kapitalismus. Sie ist außerdem Mitarbeiterin der permanenten Arbeitsgruppe »Alternativen zu Entwicklung«.

Alejandra Santillana Ortiz ist linke Feministin, Soziologin und Wissenschaftlerin. Derzeit leitet sie das Institut für Ecuadorstudien und koordiniert das »Observatorium für den Wandel in ländlichen Gebieten«. Sie ist ferner Mitarbeiterin der permanenten Arbeitsgruppe »Alternativen zu Entwicklung«, der Beratungsstelle für wirtschaftliche, ökologische und Geschlechtergerechtigkeit des feministischen Forschungs- und Aktivistinnen-Netzwerks DAWN und des feministischen Kollektivs Las Lorenzas.

Etienne Schneider ist Mitglied in der Redaktion der Zeitschrift PROKLA und forscht unter anderem zur europäischen Krisenpolitik und den Möglichkeiten und Problemen linker Wirtschaftspolitik, die sich daraus ergeben.

Maristella Svampa ist promovierte Soziologin und Autorin. Sie forscht am argentinischen Nationalen Rat für wissenschaftliche und technische Forschung (Conicet) und ist Professorin der Universidad Nacional de La Plata. Ihre Bücher orientieren sich an der Politischen Soziologie sowie den Studien zur lateinamerikanischen Gesellschaftstheorie sowie zu sozialen Bewegungen. In Argentinien ist sie Mitglied des Intellektuellen-Kollektivs Plataforma 2012. Ihr letztes Buch »Debates Latinoamericano. Indianismo, desarrollo, dependencia y populismo« erschien im März 2016.

Luis Tapia Mealla, Philosoph und promovierter Politikwissenschaftler, ist derzeit Koordinator des Doktorats für Entwicklungsstudien am Postgraduiertenzentrum der Universidad Mayor de San Andrés (UMSA) in La Paz. Er ist Mitglied der Gruppe Comuna und Mit-Verantwortlicher des Verlags autodeterminación. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem bolivianische und lateinamerikanische Politische Philosophie, plurinationale Demokratie, politische Parteien und Wahlen.